

Politik | Gemeinde

## (K)ein Mindestlohn in Südtirol?

Ein Gemeinde-Mindestlohn soll in Südtirol Lohn dumping verhindern. Wo, darüber informierte kürzlich das AFI in einem Webinar. Gemeinderäte fordern dabei Maßnahmen, doch Bedenken und rechtliche Hürden würden eine mögliche Umsetzung in Südtirol verhindern.

von Sarah Franzoschini  
18.10.2024



Foto: Pixabay, Spitzer via Getty Images

Im Rahmen des Formats „AFI im Dialog“ führte das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) am 18. Oktober 2024 ein Webinar zum Thema „Arbeitsmarkt-situation in der Region, dabei wurde über mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn dumping in Südtirol diskutiert. Auslöser waren Anträge der Gemeinderatsmitglieder Verena Stenico (Bürgerin) und Andrea Rossi (Mann), die einen **Mindestlohn auf Gemeindeebene** einbringen wollten. Etwa **20 italienische Städte** haben diesen Schritt bereits in den Jahren 2023 und 2024 vollzogen. Es soll keine halbjährige mehr geben, ohne die Garantie eines Mindestlohns. In Südtirol würde dieses Modell allerdings auf Zurückhaltung.

### Das „Modell Florenz“

Florenz gilt mit einem Mindestlohn von **9 Euro** pro Stunde als Vorreiter im Kampf gegen das Lohn dumping. Das „Modell Florenz“ soll eine Schwerkraft für die Stadt sein, bei finanziellen Auflagen auf die Einhaltung von Mindestlöhnen zu bestehen. **Arbeits-Stadler Daria Danti** erklärte, dass Florenz die erste Stadt sei, die den Mindestlohn in allen öffentlichen Ausschreibungen anwendet. „Es handelt sich um eine Maßnahme zur Förderung der Arbeitsbeschäftigung“, so Danti. In den Ausschreibungen wird der vorzuschreibende Branchen Kollektivvertrag zwingend gelöst, wodurch garantiert wird, dass keine sogenannten „Präferenzverträge“ Anwendung finden. Diese in Italien seit nicht nur die Einkommenssituation von Arbeitnehmern verbessert, sondern auch die Qualität der Dienstleistungen, die von der Stadt in Auftrag gegeben werden.



Webinar „AFI im Dialog“ 18.10.2024. AFI Florenz. Bild: Arbeitsförderungs-Institut (AFI) Florenz. Bild: Arbeitsförderungs-Institut (AFI) Florenz. Bild: Arbeitsförderungs-Institut (AFI) Florenz.

### „Wir müssen ein Zeichen gegen unterbezahlte Arbeit setzen.“

Zunächst verpflichtet sich die Stadt, alle seit 2022 abgeschlossenen Verträge regelmäßig zu überprüfen und häufiglich einen Bericht über die Einhaltung der Vertragsbedingungen vorzulegen. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die **neuen Regeln** auch tatsächlich umgesetzt werden.

### Anträge in Südtirol: Ein Zeichen gegen Unterbezahlung?

Angeregt durch die positiven Beispiele aus Florenz und anderen Städten in Italien, sollten die **Gemeinderatsmitglieder der Verena Stenico (Frauen) und Andrea Rossi (Männer)** Anträge zur Einführung eines Gemeinde-Mindestlohns einbringen. Doch beide **Initiativen** wurden abgelehnt, wenn auch in Merten und Knapp. „Wir müssen ein Zeichen gegen unterbezahlte Arbeit setzen“, argumentierten sie. **Kritiker** haben dagegen, dass die Gemeinden für die Festlegung eines Mindestlohns nicht zuständig seien. Zudem behaupteten sie, dass in Südtirol ohnehin keine Löhne unter 9 Euro gezahlt würden. Stenico und Rossi widersprachen dem und betonten, dass die Initiative bekannt sei, in deren Mittelpunkt bei öffentlichen Aufträgen wichtiger die **Ente** erhalten. Sie sehen die **Abkämpfungen als vergangene Chance**, faire Arbeitsbedingungen zu fördern und Lohn dumping in der Region entgegenzuwirken.

Foto: Arbeitsförderungs-Institut (AFI) Florenz. Bild: Arbeitsförderungs-Institut (AFI) Florenz. Bild: Arbeitsförderungs-Institut (AFI) Florenz.

### „Wenn wir faire Vergaberichtlinien umsetzen, können wir einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung von Lohn dumping leisten!“

**AFI-Direktor Stefan Perini** machte deutlich, dass die Zeit des Abwartens in Südtirol vorbei sei und die **vorherrschende Politik** des Aufhaltens enden müsse. Mit einem Auftragsvolumen von 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2022 spiegle die **öffentliche Hand** eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Lohn dumping. Perini betonte, dass es in der Hand der Gemeinden liegt, **faire Arbeitsbedingungen in Ausschreibungen** zu verankern. „Das macht die Gemeinden zu zentralen Akteuren in der Vergabepolitik. Wenn wir faire Vergaberichtlinien umsetzen, können wir einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung von Lohn dumping leisten.“

### Angeregte Diskussionen

Der Südtiroler **Arbeitsreferent Josef Tschöll** äußerte sich in einem Artikel von 2023 in der Südtiroler Wirtschaftsanalyse kritisch zu einem kommunalen Mindestlohn. Ein kommunaler Mindestlohn sei in Südtirol rechtlich schwer umsetzbar, da dies die **Kompetenzen der Gemeinden** überschreiten könnte. Auch die Kontrolle der Einhaltung sei eine Herausforderung, insbesondere bei qualitativen Firmen. Er warnte vor der Gefahr abweichender Rechtsvorschriften und betonte, dass eine solche Regelung möglicherweise gegen Artikel 117 der Verfassung verstößen könnte, der die Zuständigkeiten zwischen Staat und Regionen regelt.



Webinar „AFI im Dialog“ 18.10.2024. AFI Florenz. Bild: Arbeitsförderungs-Institut (AFI) Florenz. Bild: Arbeitsförderungs-Institut (AFI) Florenz.

### „Das ist innerhalb ihrer Autonomie möglich.“

Dahingehend betonte Perini, dass es dennoch möglich sei, **Mindeststandards** einzuführen. „Die Vorgaben kann darüber festlegen, dass sie in einem Ausschreibungs eine angemessene Behandlung der Mitarbeiter fördern. Das ist innerhalb ihrer Autonomie möglich.“ Perini rief die Einführung von Mindestlöhnen bei Ausschreibungen als möglich, vorerst jedoch auf **Schwerföhrigkeiten bei der Kontrolle**. Viele Gemeinden verfügen nicht über das nötige **Know-how**, um zu prüfen, ob Unternehmen die vorgeschriebenen Tarifverträge einhalten. Besonders kompliziert werde es, wenn Unternehmen eigene Verträge anwenden oder **internationale Firmen** beteiligt sind.

### „Die Verantwortung muss sich in den Ausschreibungen widerspiegeln – durch klare Kriterien, die faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der beauftragten Unternehmen sicherstellen.“

In der anschließenden Diskussion des Webinars wurde kontrovers über die **Öffentlichkeit** des „Modell Florenz“ auf Südtirol diskutiert. Während Perini und andere Sprecher über die **Verantwortung der öffentlichen Hand** betonten, faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen, ließe die Frage der Umsetzung eines Gemeinde-Mindestlohns in der Region offen. **AFI-Präsident Andrea Dorigoni** unterstrich die moralische Verpflichtung der Gemeinden, sich nicht in der Ausbeutung von Arbeitnehmern zu beteiligen. „Die Verantwortung muss sich in den Ausschreibungen widerspiegeln – durch klare Kriterien, die faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der beauftragten Unternehmen sicherstellen.“

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Südtirol in der **Debatte** um den Gemeinde-Mindestlohn vor einer wichtigen Entscheidung steht. Die Erfahrungen aus Florenz könnten als Vorlage dienen, um faire Arbeitsbedingungen zu schaffen und Lohn dumping wirksam zu bekämpfen. Es bleibt abzuwarten, ob die Gemeinden bereit sind, den Schritt zu wagen und die Selbstverpflichtung zur **Einhaltung eines Mindestlohns** in ihren Vergabepolitiken zu verankern.